



## **Mit unendlich viel Energie in die Energiewende**

Seit ihren Anfängen haben sich die GRÜNEN für die Abschaltung aller Atomanlagen engagiert. Von Anfang an haben die GRÜNEN aber nicht nur das Abschalten aller Atomkraftwerke gefordert, sondern haben Alternativen jenseits der fossilen Energien und der Atomenergie aufgezeigt!

Der konsequente und zielstrebige Ausbau der:

- Erneuerbaren Energien
- Energieeinsparung und
- Energieeffizienz

ist dringender denn je.

Sonne, Wind, Biomasse und andere Erneuerbare Energien können und müssen zukünftig die Versorgung mit bezahlbarem Strom und Wärme in Mecklenburg-Vorpommern sicherstellen!

Die Voraussetzungen hierfür sind in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut! Es gilt jetzt, die reiche Ernte auch einzufahren und sinnvoll einzusetzen. Ansätze sind zu erkennen. Dennoch muss die Landesregierung sich noch stärker engagieren, bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumen und die Bürger\_innen darin unterstützen, sich durch Beteiligungsmodelle in Erneuerbare Energie-Projekte einzubringen.

Immer häufiger aber wird das Ziel Energiewende auf allen politischen Ebenen durch Vertreter\_innen von FDP, CDU und auch der SPD in Frage gestellt. Es werden die Kosten eines notwendigen Netzausbaus oder die Kosten angeblicher „Subventionen“ der Erneuerbaren Energien als Grund hierfür ins Feld geführt. Häufig wird schon das gesamte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Grundlage der Energiewende offen angezweifelt, um offen oder verdeckt Lobbyarbeit für die Kohle- und Atomindustrie zu betreiben.

Die Vergütung für Photovoltaik (PV) wird immer weiter gekürzt und macht insbesondere für Klein- und Kleinstbetreiber\_innen sowie für Installationsbetriebe eine verlässliche Investitionskalkulation fast unmöglich. Bei Windenergieprojekten liegt der Planungszeitraum bei vier bis sechs Jahren. Das Beispiel zeigt, dass es notwendig ist, weit über eine Legislaturperiode hinaus zu denken, damit die Energiewende geschafft wird. Für uns GRÜNE ist klar: Einen Ausstieg aus dem Atomausstieg und eine Rückkehr ins Kohlezeitalter darf es nicht geben!

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Energiewende nur geschafft werden kann, wenn wir Mecklenburg-Vorpommern energiepolitisch nicht als Insel, sondern im Verbund mit anderen Regionen sehen. Mecklenburg-Vorpommern wird sich schon in wenigen Jahren statistisch zu 100 % mit Strom aus erneuerbaren Quellen versorgen. Das ist ein gutes und richtiges Ergebnis. Wir sollten uns aber nicht auf diesem Erfolg ausruhen, sondern den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien auf hohem Niveau zügig voranbringen.

Andere Bundesländer machen es vor: Schleswig-Holstein will seinen Verbrauch rechnerisch zu 300 % decken, d.h. seinen Windstrom in andere Länder exportieren.

Die folgenden Forderungen sind teilweise nur auf Bundesebene umsetzbar. Diese sind von der Landesregierung durch entsprechende Vorstöße im Bundesrat und durch Gesetzesinitiativen zu unterstützen und zu befördern!

Die Landesregierung sollte die Energiewende als Querschnittsaufgabe angehen. Unter Federführung des Energieministeriums sind auch alle anderen Ressorts aufgefordert, die Energiewende engagiert voranzubringen.

## **Für eine zügige Umsetzung der Energiewende fordern wir:**

### **a) Energieeffizienz und -einsparung steigern - Energiemanagementsysteme fördern**

Die Energiewende kann nur geschafft werden, wenn der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz und -einsparungsmaßnahmen sowie Energiemanagementmaßnahmen ineinandergreifen. Hier muss weiterhin informiert, aufgeklärt, gefördert, aber auch gefordert werden. Einen fundamentalen Faktor sehen wir hier in der Vorbildwirkung der Regierung, der Verwaltungen und anderer öffentlicher Institutionen. Hier müssen vorbildlich Energieeinsparung gelebt und neue Technologien im Rahmen eines geeigneten Energiemanagements eingesetzt werden.

Über 60 % des Energieverbrauches resultieren aus dem Gebäudebereich. Durch Verhaltensänderungen oder Maßnahmen, die nur wenig Geld kosten, gibt es die Möglichkeit, erhebliche Energiekosten einzusparen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Finanzministerin auf, zusammen mit dem Energie- und Innenminister 2013 einen Leitfaden für Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern herauszugeben, wie sich energetische Einsparungen in öffentlichen Gebäuden realisieren lassen und damit auch Einsparungen bei den Energiekosten.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Optimierung der Heizungsanlagen und Energiesysteme aller landeseigenen Gebäude als zentrale Aufgabe zu begreifen und 2013 ein Konzept vorzulegen, wie alle landeseigenen Gebäude nach modernsten Standards energiesparend ausgerüstet und bewirtschaftet werden können.

Neben der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand sollte sich die Landespolitik auch um Gebäude in privater Hand kümmern. So lassen sich mit der Sanierung bzw. Optimierung von Heizungsanlagen, z.B. durch hydraulischen Abgleich, im Gebäudebestand ad hoc Energieeinsparungen in Größenordnungen von rund 15 % erzielen. Um diese Potentiale zu erschließen, müssen entsprechende Kampagnen durchgeführt werden.

Im Neubaubereich bleiben in Mecklenburg-Vorpommern viele Chancen zur Energieeinsparung ungenutzt – bei öffentlichen und privaten Gebäuden gleichermaßen. Baugebiete und Gebäude werden ohne Rücksicht auf die Himmelsrichtung geplant, große Fenster ohne Verschattung eingebaut und speziell Funktions- und Repräsentationsbauten werden oft von Anfang an als Energieschleudern oder Treibhäuser konzipiert. Das kriminaltechnische Institut des Landeskriminalamts hat 2006 den Landesbaupreis gewonnen. Leider sorgen die hohen Fenster ohne Verschattung für Temperaturen in den Büros auf der Südseite, die bereits im März 30°C überschreiten und den Wunsch nach einer Klimaanlage wecken.

Wir fordern die Landesregierung auf, 2013 die Richtlinien für den Landesarchitekturpreis, die Richtlinien für öffentliche Bauten in Landeseigentum und für öffentliche Bauten in kommunaler Hand so zu überarbeiten, dass sämtliche aus öffentlichen Mitteln geförderte oder mit einem Preis

bedachte Gebäude den anerkannten Grundsätzen energieeffizienten Bauens entsprechen. Dazu gehören ausdrücklich die passive Nutzung der Solarenergie und der bauliche Sonnenschutz.

Wir fordern die Landesregierung außerdem auf, die Gemeinden noch 2012 per Rundschreiben zu einer energieeffizienten Planung ihrer Baugebiete anzuhalten. Dazu gehört z.B. die Orientierung an der Himmelsrichtung, passive Nutzung der Solarenergie, Photovoltaik und unter bestimmten Bedingungen eine Nahwärmeversorgung. Bebauungspläne, bei denen offensichtlich auf die Energieeffizienz nicht geachtet wurde, verletzen das Anpassungsgebot an die geltenden, demnächst fortgeschriebenen Programme der Raumordnung, konterkarieren die klima- und energiepolitischen Ziele der EU, der Bundes- und Landesregierung und sind zukünftig nicht mehr zu genehmigen.

Schließlich fordern wir die Landesregierung auf, bei der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung die Energieeffizienz und die Integration Erneuerbarer Energien obenan zu stellen. Eine entsprechende Informationskampagne für private und öffentliche Bauherren ist 2013 zu starten.

Besonders soll in diesem Zusammenhang auf ein weiteres wirtschaftliches Schwergewicht in unserem Bundesland hingewiesen werden: Der Tourismus mit seinen vielen Hotels. Die Möglichkeiten, den Energiebedarf bei Heizung, Warmwasser und Strom durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken, Solarthermie und Energieeinsparmaßnahmen deutlich zu reduzieren, versäumen wir in der Mehrzahl noch leichtfertig.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN fordern den Wirtschaftsminister auf, bis 2013 Vorschläge vorzulegen, wie auch im Gastgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern Energieeffizienz einen höheren Stellenwert bekommen kann.

#### **b) Zügige Umsetzung der landespolitischen Vorgaben in den vier Regionalen Raumentwicklungsprogrammen und ihren Fortschreibungen**

Mecklenburg-Vorpommern hat 2010 und 2011 die Regionalen Raumentwicklungsprogramme (RREP) der Planungsregionen als Landesverordnung verabschiedet. In den Programmen wurden ca. 0,7 % der Landesfläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen. Dies ist vor dem Hintergrund der Flächenpotentiale und den Ausbauzahlen anderer Bundesländer zu wenig.

Die Landesregierung hat vor gut einem Jahr eine neue Zielmarke gesetzt. Der Flächenanteil für die Errichtung von Windenergieanlagen soll von 0,7 % auf 1,4 % der Landesfläche verdoppelt werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen die vier Regionalen Raumentwicklungsprogramme durch die vier regionalen Planungsverbände auf der Grundlage einer Richtlinie des Energieministeriums von Mai 2012 jetzt fortgeschrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern fordern von der Landesregierung, von den Landrät\_innen und den Gemeindevertreter\_innen in den regionalen Planungsverbänden, rasch mit der Fortschreibung der regionalen Raumentwicklungsprogramme zu beginnen und diese bis Anfang 2014 abzuschließen, um die für den weiteren Ausbau der Windenergie notwendigen Flächen bereitzustellen.

#### **c) Netzausbau weiter vorantreiben**

Für einen zügigen Umbau der Energielandschaft braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur, in erster Linie Mittel- und Hochspannungsleitungen sowie Umspannwerke auf der Verteilnetzebene (20-110 KV). Bereits jetzt werden 97 % des durch Erneuerbare Energien produzierten Stroms auf Verteilnetzebene eingespeist. Es wäre aber falsch, den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Hinweis auf tatsächlich oder angeblich fehlende Verteilnetze zu bremsen. Der Ausbau der Erzeugung und der Stromnetze muss zügig Hand in Hand gehen.

Aus- und Neubaumaßnahmen im Übertragungsnetz werden derzeit im Netzentwicklungsplan der Übertragungsnetzbetreiber, ab 2013 im Bundesbedarfsplan der Bundesregierung dargestellt und durch den Bundestag bestätigt. In Mecklenburg-Vorpommern ist dabei die Umrüstung der bestehenden 220 kV-Leitungen auf 380 kV und der Neubau einer Gleichstrom-Übertragungsleitung von Dänemark über die Umspannwerke Bentwisch und Güstrow nach Süden geplant, ferner die Aufrüstung und der Neubau einiger Umspannwerke. Der Ausbau des Übertragungsnetzes ist neben dem Ausbau des Verteilnetzes elementarer Bestandteil des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die weitere Planung des Übertragungsnetzes auf Bundesebene auf der Grundlage einer effizienten Stromversorgung aus vorwiegend Erneuerbaren Energien. Dafür müssen sich die Vertreter\_innen des Landes in allen relevanten Bund-Länder-Beratungen und im Dialog mit den Netzbetreibern einsetzen. Dies hätte zur Folge, dass dann die Maßnahmen des Netzentwicklungsplans in Mecklenburg-Vorpommern früher als bisher vorgesehen umgesetzt werden könnten.

Wir fordern vom Energieminister, den Netzausbau zügig, bürger\_innenfreundlich und umweltverträglich voranzutreiben. Alle notwendigen Aus- und Neubaumaßnahmen im Übertragungsnetz sind bis 2015 bis zur Baureife planerisch vorzubereiten.

#### **d) Akzeptanz und Teilhabe von Bürger\_innen und Gemeinden erhöhen**

Die überragende Mehrheit (> 90 %) der Bürger\_innen befürwortet allgemein den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Gründe, die hier genannt wurden, sind neben der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl, Gas und dem Entkommen aus der Abhängigkeit der großen Energieversorger, auch die positiven Auswirkungen auf Umwelt und Klimaschutz. Aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort, langfristig sinkende oder zumindest konstante Energiepreise und die Zukunftsfähigkeit gegenüber fossilen Energieträgern sind Gründe für die positive Resonanz.

Dennoch fehlt an einzelnen Standorten, wenn z.B. ein großer Windpark gebaut werden soll, oft die Akzeptanz bei den Bürger\_innen und in der Gemeindevertretung. Die Gründe hierfür sind sehr vielfältig. Die Energiewende muss zusammen mit den Bürger\_innen vor Ort umgesetzt werden und nicht über sie hinweg. Diese große Herausforderung gilt es zu meistern, um eine hohe Akzeptanz zu erreichen.

Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen für eine aktive bürger\_innennahe Planungsphase auf landes-, regional- und kommunalpolitischer Ebene. Das heißt, dass die Bürger\_innen von Anfang an in diese Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden und nicht nur über einige Entscheidungen in Kenntnis gesetzt werden.

Hierzu gehört auch, die Transparenz und die Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Planungsprozesse zu erhöhen.

Wir fordern von der Landesregierung, von den Landrät\_innen und den Gemeindevertreter\_innen in den regionalen Planungsverbänden, dass bei raumbedeutsamen Vorhaben nicht nur im Bereich der Erneuerbaren Energien der gemeindliche Wille stärker in die Planungen einfließt. Besonders ehrenamtliche Bürgermeister\_innen sollten eine bestmögliche, neutrale Beratung erhalten. Denn Windparks sind für die Gemeinden durchaus von wirtschaftlicher Bedeutung, da 70 % der Gewerbesteuer in die Gemeinde vor Ort fließen und nur 30 % an den Sitz der Betreiber\_innen.

Genauso wichtig wie die Steuereinnahmen für die Gemeinde ist die finanzielle Teilhabe der Gemeinden und der Bürger\_innen vor Ort: Als Miteigentümer\_innen an einer Erzeugungsanlage (Windpark, Solarfeld, Biogasanlage) können sie von den Gewinnen profitieren und im Idealfall auch Strom und Wärme zu günstigen Bedingungen beziehen.

Noch scheuen viele Bürgermeister\_innen und Gemeindevertretungen davor zurück, diesen Schritt zu gehen, da ihnen weder das entsprechende Wissen noch die entsprechenden Regelungen an die Hand gegeben werden. Hier gibt es zwar schon einige Aktivitäten, zum Beispiel die Genossenschaft „(Bio)EnergieDörfer eG“, die in diesem Bereich für Aufklärung sorgt, aber bis zu einer landesweiten Verbreitung von Bürgerbeteiligungsmodellen ist es noch ein weiter Weg.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Landesregierung und Kommunen auf, diesen Bereich personell und finanziell zu stärken. Im Energieministerium müssen bis 2013 klare Richtlinien und Leitfäden erarbeitet und den Behörden und Kommunalvertreter\_innen an die Hand gegeben werden. Das ermutigt die Gremien, sich diesem Thema anzunehmen. Eine eigene Energieversorgung bedeutet für die Gemeinden größere Unabhängigkeit und im Idealfall zusätzliche Einnahmen. In diesem Sinne fordern BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN das Innenministerium als Kommunalaufsichtsbehörde auf, seine Genehmigungspraxis für Kommunen bei Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien zu ändern. Es muss für die Kommunen einfacher werden, diesbezüglich wirtschaftlich tätig zu werden, da die Investitionen von heute ihnen mittelfristig und langfristig helfen.

Einen ersten guten Schritt in diese Richtung haben die vielen (Bio)Energiedorf-Initiativen in unserem Land geleistet. Diese Initiativen, mit denen Energie aus der Region für die Region genutzt werden soll, verfolgen den Ansatz der maximalen Wertschöpfung vor Ort und erhöhen somit parallel zu dem ökonomischen Ansatz der Teilhabe an Energieprojekten auch die Akzeptanz. In diesen Initiativen liegt ein Schlüssel für den weiteren zügigen und akzeptierten Ausbau der Erneuerbaren Energien in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus.

Aus diesem Grund fordern wir auch die weitere finanzielle sowie fachliche Unterstützung der (Bio)EnergieDorf-Initiativen durch die Landesregierung: Noch 2012 muss der Energieminister hierzu ein deutliches Bekenntnis ablegen, das ab 2013 durch eine entsprechende, mindestens bis 2020 reichende Förderung untersetzt wird.

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass der (Bio)EnergieDorf-Ansatz weiterentwickelt werden muss. Wir dürfen eben nicht in einem Autarkie-Denken verharren, sondern müssen die im Land zur Verfügung stehenden Potenziale klug nutzen. Eine große Chance für Mecklenburg-Vorpommern ist der Energieexport über Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen hinaus. Dies ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung vor allem des ländlichen Raumes und zur Haushaltskonsolidierung der Kommunen.

#### **e) Biogas umweltverträglich erzeugen und effizient nutzen**

Wir müssen Biogas zukünftig deutlich umweltverträglicher erzeugen und effizienter nutzen als bisher.

Ein Hektar mit Energie-Mais bringt einen Stromertrag von maximal 20.000 kWh/Jahr.

Photovoltaikanlagen auf einem Hektar erzeugen weit über 200.000 kWh/Jahr, ohne Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln.

Biogas hat andererseits den großen Vorteil, sich gut speichern zu lassen, so dass es Schwankungen bei Wind- und Solarstrom ausgleichen könnte.

Umweltverträgliche Erzeugung von Biogas bedeutet für uns eine Abkehr vom großflächigen Maisanbau für Biogasanlagen. Wir brauchen eine Umstellung der Anlagen auf Reststoffe und Zwischenfrüchte. Reststoffe wie Stroh und anderes organisches Material sowie Zwischenfrüchte, die zum Beispiel im Herbst und Winter gleichzeitig Bodenerosion verhindern, können in Biogasanlagen sinnvoll und energieeffizient eingesetzt werden.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss zukünftig so ausgestaltet werden, dass sich nur noch der Einsatz von Reststoffen und Zwischenfrüchten in Biogasanlagen rechnet. Die Landesregierung

und die KfW müssen Fördermittel und Kredite bereit stellen, um den Umbau vorhandener Biogasanlagen auf diese anderen Substrate zu fördern.

Wir brauchen Biogas als Energiespeicher für Zeiten, in denen wir zu wenig Strom aus Wind und Sonne erzeugen. Entsprechend muss die Vergütung für Biogasanlagen umgestaltet werden, so dass sich zukünftig eine bedarfsgerechte Stromerzeugung lohnt, statt der bisher üblichen kontinuierlichen Stromerzeugung. Hier für sind größere Gasspeicher erforderlich, aber auch Pufferspeicher für Abwärme, die dann nicht mehr so kontinuierlich erzeugt wird wie bisher. Die Abwärme von Biogasanlagen wird bisher zumeist unzureichend genutzt. Durch den Ausbau von Nahwärmesystemen muss die Abwärmenutzung verbessert werden.

Die direkte Nutzung vor Ort ist die effizienteste Form der Abwärmenutzung.

Wo vor Ort keine effiziente Abwärmenutzung möglich ist, sollte das Biogas über kurze Strecken zur nächsten Siedlung geleitet und dort verbrannt werden, wo im direkten Umfeld Wärmeabnehmer vorhanden sind.

Sollte auch dies nicht möglich sein, ist es sinnvoll, das Biogas aufzubereiten, so dass es ins Erdgasnetz eingespeist werden kann. Das Erdgasnetz mit seinen Speicherkavernen bietet gute Möglichkeiten, Energie dorthin zu leiten, wo sie gebraucht wird oder Energie zu speichern. Damit kann der Bedarf an neuen Netzen und Speichern reduziert werden.

Die Vergütungssätze für Strom aus Biogasanlagen müssen entsprechend verändert werden.

Von der Landesregierung fordern wir den Ausbau der Förderung von Nahwärmenetzen und ein Förderprogramm für Anlagen, die Biogas aufbereiten und in das Erdgasnetz einspeisen.

#### **f) Förderung von Energiespeichersystemen**

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine 100%ige Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien. Diese neue Energieversorgung stellt uns vor große Herausforderungen, die wir – wie beschrieben – nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen können. Aber auch technisch werden wir noch einige Hürden nehmen müssen. Ein für die künftige Energieversorgung elementarer Bestandteil wird der Zugriff auf wirtschaftliche, effiziente und leistungsfähige Kurz- wie Langzeitenergiespeicher sein. Hier gibt es in unserem Land bereits sehr gute Ansätze, die in ihrer Entwicklung stark beschleunigt und weiter unterstützt sowie auf die Bedürfnisse der zunehmend fluktuierenden Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien eingestellt und parallel zur Entwicklung neuer Netzstrukturen aufgebaut werden müssen.

Jetzt muss zügig mit den Akteur\_innen aus Forschung, Wirtschaft und Politik diskutiert werden, wie eine zukünftige Energiespeicherung in Mecklenburg-Vorpommern aussehen kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vom Energie- und Wirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern, 2013 ein gut ausgestattetes Förderprogramm für Speichersysteme aufzulegen.

#### **g) Energieeffizienz und -einsparung steigern -**

##### **Energiemanagementsysteme fördern**

Die Energiewende kann nur geschafft werden, wenn der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz und -einsparungsmaßnahmen sowie Energiemanagementmaßnahmen ineinandergreifen. Hier muss weiterhin informiert, aufgeklärt, gefördert, aber auch gefordert werden. Einen fundamentalen Faktor sehen wir hier in der Vorbildwirkung der Regierung, der Verwaltungen und anderer öffentlicher Institutionen. Hier müssen vorbildlich Energieeinsparung gelebt und neue Technologien im Rahmen eines geeigneten Energiemanagements eingesetzt werden.

Über 60 % des Energieverbrauches resultieren aus dem Gebäudebereich. Durch Verhaltensänderungen oder Maßnahmen, die nur wenig Geld kosten, gibt es die Möglichkeit, erhebliche Energiekosten einzusparen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Finanzministerin auf, zusammen mit dem Energie- und Innenminister 2013 einen Leitfaden für Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern herauszugeben, wie sich energetische Einsparungen in öffentlichen Gebäuden realisieren lassen und damit auch Einsparungen bei den Energiekosten.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Optimierung der Heizungsanlagen und Energiesysteme aller landeseigenen Gebäude als zentrale Aufgabe zu begreifen und 2013 ein Konzept vorzulegen, wie alle landeseigenen Gebäude nach modernsten Standards energiesparend ausgerüstet und bewirtschaftet werden können. In diesem Zusammenhang muss das Finanzministerium den im untergeordneten Betrieb für Bau und Liegenschaften so steuern, dass dieser seinen Widerstand gegen den Einsatz Erneuerbarer Energien und Energie-Einsparung aufgibt.

Neben der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand sollte sich die Landespolitik auch um Gebäude in privater Hand kümmern. So lassen sich mit der Sanierung bzw. Optimierung von Heizungsanlagen, z.B. durch hydraulischen Abgleich, im Gebäudebestand ad hoc Energieeinsparungen in Größenordnungen von rund 15 % erzielen. Um diese Potentiale zu erschließen, müssen entsprechende Kampagnen durchgeführt werden.

Im Neubaubereich bleiben in Mecklenburg-Vorpommern viele Chancen zur Energieeinsparung ungenutzt – bei öffentlichen und privaten Gebäuden gleichermaßen. Baugebiete und Gebäude werden ohne Rücksicht auf die Himmelsrichtung geplant, große Fenster ohne Verschattung eingebaut und speziell Funktions- und Repräsentationsbauten werden oft von Anfang an als Energieschleudern oder Treibhäuser konzipiert.

Das kriminaltechnische Institut des Landeskriminalamts hat 2006 den Landesbaupreis gewonnen. Leider sorgen die hohen Fenster ohne Verschattung für Temperaturen in den Büros auf der Südseite, die bereits im März 30°C überschreiten und den Wunsch nach einer Klimaanlage wecken.

Wir fordern die Landesregierung auf, 2013 die Richtlinien für den Landesarchitekturpreis, die Richtlinien für öffentliche Bauten in Landeseigentum und für öffentliche Bauten in kommunaler Hand so zu überarbeiten, dass sämtliche aus öffentlichen Mitteln geförderte oder mit einem Preis bedachte Gebäude den anerkannten Grundsätzen energieeffizienten Bauens entsprechen. Dazu gehören ausdrücklich die passive Nutzung der Solarenergie und der bauliche Sonnenschutz.

Wir fordern die Landesregierung außerdem auf, die Gemeinden noch 2012 per Rundschreiben zu einer energieeffizienten Planung ihrer Baugebiete anzuhalten. Dazu gehört z.B. die Orientierung an der Himmelsrichtung, passive Nutzung der Solarenergie, Photovoltaik und unter bestimmten Bedingungen eine Nahwärmeversorgung. Bebauungspläne, bei denen offensichtlich auf die Energieeffizienz nicht geachtet wurde, verletzen das Anpassungsgebot an die geltenden, demnächst fortgeschriebenen Programme der Raumordnung, konterkarieren die klima- und energiepolitischen Ziele der EU, der Bundes- und Landesregierung und sind zukünftig nicht mehr zu genehmigen.

Schließlich fordern wir die Landesregierung auf, bei der anstehenden Novellierung der Landesbauordnung die Energieeffizienz und die Integration Erneuerbarer Energien oben an zu stellen. Eine entsprechende Informationskampagne für private und öffentliche Bauherren ist 2013 zu starten.

Besonders soll in diesem Zusammenhang auf ein weiteres wirtschaftliches Schwergewicht in unserem Bundesland hingewiesen werden: Der Tourismus mit seinen vielen Hotels. Die Möglichkeiten, den Energiebedarf bei Heizung, Warmwasser und Strom durch den Einsatz von

Blockheizkraftwerken, Solarthermie und Energieeinsparmaßnahmen deutlich zu reduzieren, versäumen wir in der Mehrzahl noch leichtfertig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Wirtschaftsminister auf, bis 2013 Vorschläge vorzulegen, wie auch im Gastgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern Energieeffizienz einen höheren Stellenwert bekommen kann.

#### **h) Atomausstieg ist nicht verhandelbar!**

Auch nach mehr als 40 Jahren ist das Problem der Endlagerung ungelöst. Für ihre Kosten kommen die Steuerzahler\_innen auf – diese wurden und werden nicht auf den Energiepreis umgelegt. Über die weiteren Risiken der Atomenergie herrscht mittlerweile breiter gesellschaftlicher Konsens. Sie war und ist nicht beherrschbar – Havarien und ihre Folgen sind für jedes Land ein untragbares Risiko!

Wir fordern den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern auf, nicht länger den friedlichen Widerstand gegen Castor-Transporte zu kriminalisieren und stattdessen alles zu unternehmen, damit aus dem Zwischenlager für ostdeutsche Brennelemente nicht ein dauerhaftes Zwischenlager für gesamtdeutschen oder gar europäischen Atommüll wird.

Aus unserer Sicht sind die Sicherheitsstandards des Zwischenlagers Lubmin bei weitem nicht ausreichend.

#### **i) Wendelstein 7-X stoppen!**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen das Kernfusionsexperiment Wendelstein 7-X weiterhin konsequent ab.

Die Kernfusion ist ebenso wie die Kernspaltung ein kernphysikalischer Prozess mit Risiken, wie sie bei der heute üblichen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nicht auftreten. Verheerend ist der Aufwand bis zur Inbetriebnahme eines funktionierenden Fusionsreaktors. So betragen die Kosten für die Vorbereitung des Wendelstein 7-X- Experimentes inzwischen nahezu eine Milliarde Euro. Derzeit fließen jährlich rund 50 Mio. Euro von Bundesebene und jährlich 5 Mio. Euro von Landesebene in das Projekt.

Bei einer frühestmöglichen Nutzung in 50 Jahren kommt die Kernfusion zu spät, um einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, die bis spätestens 2050 erfolgt sein muss, um eine massive Temperaturerhöhung auf der Erde zu verhindern.

Aktuell sind durch Recherchen des BUND Mecklenburg-Vorpommern ernstzunehmende Bedenken zur Strahlensicherheit der Greifswalder Anlage ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Demnach kommt das IPP seit rund zehn Jahren den Aufforderungen der Aufsichtsbehörde nicht nach, den wirksamen Schutz der Mitarbeiter\_innen und Anwohner\_innen vor gesundheitsgefährdender Strahlung aus der Anlage nachzuweisen. Dieser unglaubliche Vorgang muss transparent und zügig aufgeklärt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die ersatzlose Streichung der Mittel für Wendelstein 7-X in Greifswald. Wir brauchen diese Mittel dringend bei der Erforschung Erneuerbarer Energien, effizienter Netze und Energiespeicher.

#### **j) Kapazitätsmärkte schaffen**

Die Stromerzeugung wird immer mehr von Erneuerbaren Energien übernommen. Gerade Windenergie und Solaranlagen, die einen wesentlichen Teil dieser Stromerzeugung leisten, produzieren den Strom in Abhängigkeit vom Wetter und nicht dann, wenn der Strom benötigt wird.

Daher brauchen wir Kapazitäten, um Stromüberschüsse zu speichern oder bedarfsgerecht zu erzeugen. Derartige Kraftwerke mit Pufferkapazitäten rechnen sich nicht, wenn sie nur wenige Stunden pro Woche in Betrieb sind.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass vor der Finanzierung von Pufferkraftwerken zunächst Maßnahmen und Technologien finanziert werden müssen, die Energie einsparen, die Stromangebot und -nachfrage aneinander anpassen (Intelligente Netze, Laststeuerung und Netzausbau) und die Speicherkapazitäten fördern.

Bei der Einführung dieser Kapazitätsmechanismen fordern wir, dass die am Kapazitätsmarkt teilnehmenden Kraftwerke Anforderungen an die Flexibilität, die Effizienz, die Emissionsstandards und die Verfügbarkeit erfüllen und dass sie keinesfalls auf fossile Kraftwerke beschränkt sein dürfen. Fossile Kraftwerke sollen neben den CO<sub>2</sub>-Abgaben eine Klimaabgabe leisten müssen, so dass sich in diesem Sektor hocheffiziente Gaskraftwerke durchsetzen. Des Weiteren fordern wir eine neutrale Institution, die den Kapazitätsmarkt organisiert.

Wir BÜNDNISGRÜNEN fordern vom Energieminister, bis 2013 das Potential für Kapazitätsmärkte in Mecklenburg-Vorpommern zu identifizieren und zu veröffentlichen."

#### **k) Modellversuch „Smart Grid“ in Mecklenburg-Vorpommern**

Ein zukünftiges Elektroenergiesystem muss auf der Grundlage eines dezentralen Smart Grid, d.h. eines intelligenten Stromnetzes arbeiten. Dabei existiert eine sich stündlich ändernde zentrale Preisangabe einer Art Strombörse, die sich aus den wechselnden Angeboten sehr vieler Anbieter\_innen und der Nachfrage ergibt. Verbraucher\_innen nutzen diese Information mit intelligenten Stromzählern, um zeitunkritische Strom-Verbraucher im Haushalt und im Gewerbe auf Niedrigpreisintervalle zu legen. So können z.B. Kühlanlagen und Wärmepumpen über einen bestimmten Zeitraum abgeschaltet werden.

Lückenstromanbieter für die Zeiten ohne Solar- oder Windstrom profitieren von hohen Einspeisevergütungen. Damit wird der Bau von flexiblen Kraftwerken und Speicheranlagen, durch die Wirksamkeit von Marktmechanismen ohne Subventionen, gefördert. Diese technisch aufwändige, aber marktwirtschaftlich sinnvolle Steuerung ist aus Bündnisgrüner Sicht ein notwendiger Baustein eines zukünftigen Elektroenergiesystems.

Die Vorbereitung dieser Lösung erfordert Modellprojekte für intelligente Netze. Die Hochschulstandorte des Landes, z.B die Fachhochschule Stralsund, verfügen über gute Voraussetzungen für ein fachübergreifendes Projekt in Zusammenarbeit mit dem regionalen Stromanbieter.

Windgeneratoren und Photovoltaikanlagen-Anlagen sind als Komponenten der Energieeinspeisung bereits vorhanden. Eine regionale Vernetzung der Energieübertragung mit Intelligenten Stromzählern berücksichtigt und ermöglicht die Preisangaben anhand eines Strombörsen-ähnlichen Systems für die preisabhängige Steuerung des Verbraucher\_innenverhaltens.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung eines Smart Grid kann der Anschluss der Batterien der wachsenden Anzahl von Elektroautos an das Smart Grid für die Energiespeicherung langfristig wirksam werden.

#### **l) Transparente Strompreise jederzeit und überall**

Was kostet Strom? Das wird eine der entscheidenden Fragen in der Debatte um das Voranschreiten der Energiewende sein. Und um diese Frage zu beantworten und der Endverbraucher\_in die Möglichkeit zu eröffnen, selbst darüber zu entscheiden, welcher Strom für sie am günstigsten ist, brauchen wir transparente Strompreise. Derzeit wird für Verbraucher\_innen undurchsichtig und pauschal immer wieder die EEG-Umlage als Faktor für die steigenden Strompreise ins Feld geführt - die wesentlichen Kosten für die konventionellen Energien, die ebenfalls durch die Gesellschaft getragen werden müssen, bleiben dabei unberücksichtigt.

Für 2012 werden die externen Kosten für konventionelle Energieträger, die nicht auf die Kund\_innen umgelegt werden, über 50 Mrd. Euro betragen. Im Gegensatz hierzu erwartet man für die EEG-Umlage 13 Mrd. Euro Differenzkosten, die auf die Verbraucher\_innen umgelegt werden. Eine Umlage der Belastungen des Staatshaushaltes sowie der externen Kosten durch die konventionellen Energieträger auf den Verbrauch der Endverbraucher\_innen 2012 würde umgerechnet auf die Kilowattstunde einen Betrag von rund 10 Cent ausmachen. Damit schneiden die Erneuerbaren Energien auch hier deutlich besser ab, als es den Stromkund\_innen in der Vergangenheit vorgemacht wurde und immer noch eingeredet wird.

#### **m) Vergünstigungen für energieintensive Unternehmen überdenken**

Unternehmen, die einen hohen Energieverbrauch haben, zahlen im Verhältnis am wenigsten dafür. Grund hierfür ist, dass sie von der Ökosteuer und EEG-Umlage befreit sind.

Seit 1999 erhalten Betriebe mit einem besonders hohen Stromverbrauch Vergünstigungen bei der Strom- und Energiesteuer, damit sie im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Durch diesen Schritt gehen dem Bund allerdings 2,3 Milliarden Euro verloren. Als „Gegenleistung“ müssen die rund 25.000 energieintensiven Unternehmen ihren Stromverbrauch sukzessive von 2013 bis 2015 um 1,3 % und bis 2016 um 1,35 % senken.

Die hier geforderten Einsparziele halten wir vor dem Hintergrund der Steuervergünstigungen und dem eigentlichen Sinn dieser Steuer – Förderung eines sparsamen Energieverbrauchs - für viel zu gering. Die hier angesetzten Einsparziele wurden in den letzten Jahren auch ohne besondere Anstrengungen erreicht und liegen sogar noch unterhalb der normalen technischen Entwicklung. Auch die Zahl der Firmen, die sich von der EEG-Umlage befreien lassen, lag Ende Juni 2012 bereits bei 2023. Zum Vergleich: 2011 waren es lediglich 813 Firmen. Aufgrund der Vielzahl von Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen kommt es zu negativen Auswirkungen auf den Strompreis der nicht privilegierten Stromkund\_innen – dies sind in erster Linie die Haushaltskund\_innen. Die Mehrkosten, die aufgrund der Begünstigungen für Unternehmen bei der EEG-Umlage entstehen, summieren sich 2012 auf 2,5 Milliarden Euro. Zusätzlich ist im kommenden Jahr infolge der zunehmenden Anzahl von Anträgen und Genehmigungen für Befreiungen von der EEG-Umlage ein darin begründeter deutlicher Anstieg der Strompreise für private Endverbraucher\_innen zu erwarten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern hier ein Umdenken in der Steuerpolitik, da es nicht sein kann, dass die Energiewende nur durch die Haushaltskund\_innen getragen wird und die Industrieunternehmen ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht werden.

#### **n) Landesweites PV-Dachflächenkataster**

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein landesweites Dachflächenkataster für Photovoltaik einzurichten.

Es sollte neben den zu erwartenden dachspezifischen Stromerträgen auch die Einspeiseerlöse enthalten, die in Abhängigkeit der jeweils geltenden Vergütungssätze und Anlagengrößen möglich sind – auch unter Berücksichtigung der Eigennutzung. Das Dachflächenkataster sollte allen Interessent\_innen öffentlich zugänglich gemacht werden, so dass die wichtigsten Kenngrößen jederzeit abrufbar sind.

Das Dachflächenkataster sollte aktualisiert werden:

- unmittelbar nach jeder Anpassung der EEG-Vergütungssätze sowie
- einmal jährlich im Hinblick auf Änderungen der Bebauung.

Ein landesweites Photovoltaik-Dachflächenkataster ermöglicht es unter anderem Kommunen, mögliche Investitionen selbst oder durch Dritte auf geeigneten Dachflächen zu prüfen respektive zu tätigen. Durch das Kataster würden somit notwendige Evaluierungen und Kosten minimiert. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit können neben Kommunen und deren Bürger\_innen auch Unternehmen und andere Institutionen angeregt werden, sich des Themas „Photovoltaik“

anzunehmen und ohne größeren Zeitaufwand Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu haben, um ein potentiell Projekt abschätzen zu können.

Es kann davon ausgegangen werden, dass ein solches Kataster die Evaluierung von Photovoltaik-Dachprojekten vereinfacht, somit mögliche Investitionen in diesem Bereich auslöst und weiterhin den Ausbau der Erneuerbaren Energien - insbesondere im privaten und kommunalen Bereich - unterstützt.